

# Die Stimme der Wirtschaft wird weiterhin gehört

Während der letzten IHK-Vollversammlung des Jahres 2015 am 7. Dezember stellte sich NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin den Fragen der Mitglieder. Hier eine Zusammenfassung.

»Die Industrie ist in den verschiedensten Wirtschaftsbereichen die wichtigste Grundlage.«

Landeswirtschaftsminister  
Garrelt Duin

Landeswirtschaftsminister Garrelt Duin (3. v. l.) mit IHK-Vizepräsident Heinz-Herbert Dustmann (l.), IHK-Präsident Udo Dolezych (2. v. l.) und IHK-Hauptgeschäftsführer Stefan Schreiber.

Foto: IHK/Schütze

Ein gang stellte IHK-Präsident Dolezych fest, dass angesichts der Vielzahl der verabschiedeten Gesetze und Vorhaben – wie beispielsweise der Nachhaltigkeitsstrategie, des Klimaschutzplans NRW, des Landesentwicklungsplans, des Landesnaturschutzgesetzes, des Landeswassergesetzes, des Abfallwirtschaftsplans, der Wasserrahmenrichtlinie, aber auch des Masterplans Umwelt und Gesundheit – es richtig gewesen ist, dass eine Clearingstelle Mittelstand eingerichtet wurde, die schon im Vorfeld der Verabschiedung den Gesetzgebungsprozess begleitet. Dadurch finden die Interessen der Wirtschaft bereits bei der Erarbeitung der Gesetze und Vorhaben Berücksichtigung. Duin versicherte, dass die Stimme der Wirtschaft auch in Zukunft weiter gehört werde.



**Jürgen Neuhäuser: Wie ist die Position der Landesregierung in der Energiepolitik zu den kürzlich bekannt gewordenen Vorschlägen von Bundesumweltministerin**

**Barbara Hendricks?**

**Garrelt Duin:** Für mich besteht die Grundannahme in der Energiepolitik aus einem gleichseitigen Dreieck mit den Endpunkten und Zielen Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Es ist in der Tat schwierig, alle gleichzeitig zu erreichen. Die Klimaschutzziele, die wir entgegen der Vorschläge von Bundesumweltministerin Hendricks im Jahr 2050 und nicht früher erreichen wollen, müssen auch auf Landesebene vorangetrieben werden. Das ist wichtig, denn so kann das Land eine Vorreiterfunktion einnehmen, und die Umwelttechnologie kann als Grundlage einer weltweit führenden Wirtschaftsbranche entwickelt werden. Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist gut.

Dennoch ist es wichtig, dass bei einer Umstellung der Energieversorgung auf 80 bis 90 Prozent erneuerbare Energien bis zum Jahr 2045 der Bedarf an grundlastfähigen Energieträgern weiterhin gegeben ist. Daher beinhaltet der Energiemix zur Sicherung der Versorgung auch weiterhin die Braunkohle. Auf Bundesebene ist ein neues Strommarktdesign nötig. Bezahlbar ist der Strom, da der Anstieg der EEG-Umlage mit der neuesten



EEG-Reform gestoppt wurde. Die Landesregierung hat sich in Brüssel für den Schutz der energieintensiven Industrie eingesetzt. Es ist eine Daueraufgabe, die Bezahlbarkeit zu sichern.



**Hans-Jürgen Hesse: Können Sie etwas zum Stand der Infrastrukturprojekte A 445 und B 63n in Hamm sagen, die schon lange geplant sind?**

**Garrelt Duin:** Zum Jahreswechsel erwarten wir den Bundesverkehrswegeplan, den wir erst mal abwarten müssen. Projekte mit einer hohen Priorität und einer entsprechenden Baureife werden auch umgesetzt, da entgegen früheren Jahren die Mittel vom Bund bereitgestellt werden. Die Planungsdefizite in den Landesbehörden aus der Vergangenheit sind inzwischen aufgehoben.

Grundsätzlich gilt jedoch, dass abgesehen von einigen Ausnahmen der Erhalt der Infrastruktur vor deren Neubau steht. Auf Seite des Bundes hat es auch Verständnis für die Position des Landes gegeben, als der Landesfinanz-, der Landeswirtschafts- und der Landesverkehrsminister zu einem Dialog in Berlin waren. Nachdem der Bundesverkehrswegeplan veröffentlicht worden ist, müssen dessen Inhalte noch vom Bundestag beschlossen werden. Wie Herr Schreiber vorhin erwähnt hat, wird nicht nur die IHK, sondern auch die Landesregierung eine sorgfältige Prüfung des Plans sicherstellen, damit die Belange der Region und des Landes im Bundestag berücksichtigt werden.



**Andreas Tracz: Studien haben gezeigt, dass es im Ruhrgebiet unterdurchschnittlich viele Gründungen und Start-ups gibt. Was unter-**

**nimmt die Landesregierung zur Förderung der Gründungskultur im Ruhrgebiet und was kann die IHK leisten?**

**Garrelt Duin:** Es stimmt, dass es im Ruhrgebiet zu wenige Gründungen gibt. Die Digitalisierung kann beispielsweise ein Treiber für mehr Gründungen werden. Darum hat unsere Landesregierung mit Prof. Dr. Kollmann einen Beauftragten für die Digitale Wirtschaft ernannt. Er kümmert sich insbesondere um drei Bereiche: Die digitale Transformation der klassischen Industrie und des Mittelstandes, digitale Innovationen über Start-ups in NRW sowie die

Verbindung von Industrie, Mittelstand und Start-ups für digitale Geschäftsprozesse und -modelle. Wir haben zusätzlich auch den „Beirat Digitale Wirtschaft NRW“ gegründet, der aus über 20 Experten aus der Praxis besteht. Da ist die Forderung nach mehr Geld für die Infrastruktur aufgekommen. Daher werden wir im Rahmen unserer Strategie zur digitalen Wirtschaft nächstes Jahr fünf Innovationszentren („DWNRW Hubs“) als Ansprechstationen für Gründer in digitalen Bereichen etablieren. Diese Hubs sollen insbesondere auch als Drehschreibe für die Organisation der Zusammenarbeit zwischen Start-ups, Industrie und Mittelstand fungieren.

Auch das Westfälische Ruhrgebiet kann im digitalen Bereich aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur und der Hochschullandschaft Schrittmacher sein. Im ersten Quartal 2016 gibt es eine Ausschreibung, auf die sich die Regionen bewerben können. Wichtig für den Erfolg ist ein Mix aus Hochschulen, Gründern, etablierten Unternehmen sowie investitionsfähigem Kapital. In der etablierten Wirtschaft muss es zudem einen Einstellungswandel gegenüber Start-ups geben.

Und bei den Hochschulen muss verstärkt die Möglichkeit der Selbstständigkeit nach dem Abschluss vermittelt werden. Wir geben Start-ups auch eine kostengünstige Möglichkeit, sich auf Fachmessen zu präsentieren.



**Anja Fischer: Wie wird die Regelung für öffentliche Aufträge an private Omnibusbetreiber im Rahmen des Tarifreue- und Vergabegesetzes**

**des Landes NRW in der anstehenden Novellierung des Gesetzes aussehen?**

**Garrelt Duin:** Im nächsten Jahr wird es eine Novelle des Gesetzes geben. Vorerst müssen wir aber unter anderem noch ein Gerichtsurteil abwarten. Das Gesetz wird auch bei den Bürokratievorschriften entschlackt. Sollte es auch künftig unterschiedliche Tarifverträge im ÖPNV geben, wird der ÖPNV im novellierten Gesetz ausgenommen. Für öffentliche Vergaben im ÖPNV gilt dann das Mindestlohngesetz.



**Joachim Punge: In der jüngeren Vergangenheit haben die Finanzämter in NRW verstärkt Steuern bei Unternehmen eingetrieben. Meiner Er-**

**fahrung nach führt dies zu einer Verschlechterung des Investitionsklimas in NRW. Kann daran etwas geändert werden?**

**Garrelt Duin:** Es geht allein darum, Steuern gerecht und vollständig einzutreiben. Zwischen den Bundesländern muss aber die Arbeitsweise der Finanzverwaltungen noch stärker vereinheitlicht werden, um die Unterschiede bei den realisierten Erhebungen zu minimieren. Vergleiche der Bundesländer durch Unternehmen sollten so nicht mehr nötig werden.



**Christine Ostermann: Ich war an der Gründung des Internetportals „Start-up-Teens“ beteiligt, welches sich an Schüler richtet und die**

**Möglichkeit von Gründungen aufzeigt. Insbesondere in jungen Jahren ist für die Etablierung einer Gründungskultur eine Sensibilisierung erfolgreich und wichtig. Werden Sie sich dieses Portal einmal genauer anschauen?**

**Garrelt Duin:** Das mache ich gern. Bei Terminen treffe ich häufig Akteure aus derselben Region, die sich vorher gar nicht kannten. Ich würde Ihnen vorschlagen, sich mit den restlichen Akteuren in Hamm, etwa der HSHL oder der SRH, zu vernetzen, um Ihr Projekt weiter voranzutreiben.



**Hans-Jürgen Hesse: Eine Stärke des Landes NRW ist dessen Industrie. Die IHK hat dies auch erkannt und unterstützt mit der Initiative „indus-**

**try@work“ die Wahrnehmung dieses wichtigen Wirtschaftszweigs in der Öffentlichkeit. Gibt es seitens der Landesregierung Ideen zur Stärkung der Industrie im Land?**

**Garrelt Duin:** Das Wirtschaftsministerium wird ab dem Jahr 2016 Industriepolitische Leitlinien erarbeiten. Für mich ist es wichtig, die gesellschaftliche Relevanz der Industrie auch über Dialoge mit der Bevölkerung deutlich zu machen. Die Industrie ist in den verschiedensten Wirtschaftsbereichen die wichtigste Grundlage. Daher wollen wir eine verständliche Dachmarke des Landes schaffen, um die Akzeptanz der Industrie in der Bevölkerung zu erhöhen. Wir werden dazu die verschiedenen bestehenden Aktivitäten zur Stärkung der Industrie harmonisieren. Sie können gern Ihr Know-how dabei mit einbringen.